






Politisches System Schweiz

Informationen für Lehrpersonen



1/7

<p>Arbeitsauftrag</p> 	<p>Die SuS lernen das politische System der Schweiz durch ein attraktives Referat kennen. Sie schlüpfen in unterschiedliche Rollen (Bundesrat, Nationalrat etc.), die es ihnen erlauben, die jeweilige Verantwortung zu erkennen. Verschiedene politische Themen müssen aus Sicht der Rolle zugeteilt und diskutiert werden.</p>
<p>Ziel</p> 	<p>Die SuS erleben anhand von unterschiedlichen Rollen, Problemstellungen und Verantwortlichkeiten das politische System der Schweiz und können dieses mit dem „eigenen“ politischen System vergleichen.</p>
<p>Material</p> 	<p>Einleitung/Informationstext für die LP Präsentation Rollendefinitionen Arbeitsblatt</p>
<p>Sozialform</p> 	<p>Plenum Gruppenarbeit</p>
<p>Zeit</p> 	<p>60'</p>

Zusätzliche Informationen

➤ Weitere Informationen unter www.aboutswitzerland.org und www.parlament.ch.

Politisches System Schweiz

Einleitung/Informationstext LP



2/7

Information:

Dieser Text dient als Einleitung und Hintergrundinformation für die Lehrperson. Zudem werden weitere methodisch-didaktische Ansätze zur Bearbeitung des Themas aufgezeigt.

Das politische System der Schweiz

Die Schweiz ist eine föderale Republik mit einer direkten Demokratie, in der das Volk die oberste Gewalt des Staates ist. Keine der drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde kann eigenmächtig handeln. Die Aufgaben sind so verteilt, dass jeder das macht, was vernünftigerweise auf seiner Ebene am besten geregelt werden kann. Die übergeordnete Behörde macht nur, was die Möglichkeiten der unteren Ebene übersteigt. Der Grund für diese verästelte Struktur liegt in der Geschichte des Landes: Der Zusammenschluss der einzelnen Kantone geschah freiwillig, weil ihre Bürger erkannten, dass sie sich gegen die Grossmächte nur gemeinsam verteidigen konnten. Das wichtigste Prinzip war und ist die Solidarität.



Stimmlokal in Bern
© EDA, Präsenz Schweiz

Die Verfassung der Schweiz (Grundgesetz) wurde 1848 erstellt. Die Gesetze der Kantone und Gemeinde dürfen nicht gegen die Bundesverfassung verstossen. Der Bund vertritt die Interessen der Schweiz im Ausland und erlässt Gesetze und Verordnungen, wie zum Beispiel Sozialversicherung, Verkehrspolitik oder Umweltschutz. Der Bund erhebt eigene Steuern und ist für die Armee zuständig.

Das Schweizerische Parlament, die Bundesversammlung, setzt sich aus dem National- und Ständerat zusammen. Sie vertritt die Bevölkerung und die Kantone des Landes in Bern, der Hauptstadt der Schweiz. Alle Parlamentarier üben ihr Amt im Nebenberuf aus. Das ermöglicht eine grosse Nähe zum Volk und zu den individuellen Anliegen.

Die Regierung wird durch 7 Bundesräte gebildet, die vom Nationalrat und Ständerat gewählt werden. Pro Jahr amtet ein Mitglied des Bundesrates als Bundespräsident.

Die Kantone haben ihre eigenen Verfassungen, Regierungen und Parlamente und dadurch eine grosse Autonomie und Entscheidungsfreiheit. So haben die einzelnen Kantone ein eigenes Schulsystem, eine eigene Polizei oder ein eigenes Steuersystem.

Die Gemeinden sind die kleinste politische Einheit. Sie vergeben das Bürgerrecht, aus dem automatisch das kantonale und das eidgenössische Bürgerrecht entstehen. Wie die Kantone haben auch die Gemeinden ihre eigenen Behörden. An den Gemeindeversammlungen haben die Stimmberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit über verschiedene Fragen abzustimmen.

Facts zum politischen System der Schweiz

Anzahl Kantone:	26
Anzahl Gemeinden:	2'148
Anzahl Bundesräte:	7
Anzahl Nationalräte:	200
Anzahl Ständeräte:	46 (Jeder Kanton hat Anrecht auf 2, die sechs Halbkantone haben jeweils Anrecht auf einen Sitz)

Politisches System Schweiz

Einleitung/Informationstext LP



3/7

Die direkte Demokratie

Die direkte Demokratie ist eine der wichtigsten Besonderheiten des schweizerischen Politiksystems. Das Referendum erlaubt den Stimmbürgern, in wichtigen Entscheidungen des Parlaments das letzte Wort zu haben, während mit der Volksinitiative Änderungen der Verfassung vorgeschlagen werden können. Das Referendum und die Volksinitiative wurden im 19. Jahrhundert zunächst auf Kantonsebene eingeführt und setzten sich später auch auf Gemeinde- und Bundesebene durch.

Volksrechte sind Instrumente zur Kontrolle der politischen Elite. Direkte Demokratie bedeutet aber auch Selbstbestimmung und erhöht damit die Legitimation der politischen Entscheidung.



Stimmzettelabgabe

© EDA, Präsenz Schweiz

Um die Risiken ablehnender Entscheide einzugrenzen, kooperieren die grossen Parteien: Sie bilden eine Allparteien-Regierung und versuchen, im Parlament grosse Koalitionen zu bilden, die gemeinsam hinter den Entscheiden stehen. Als indirekter Effekt hat daher die direkte Demokratie dazu beigetragen, dass sich das politische System von einer Mehrheitsdemokratie zu einem Konkordanzsystem, einer auf Kompromiss und Konsens basierenden Demokratie, gewandelt hat.

Die direkte Demokratie erlaubt es dem Volk, in wichtigen Entscheidungen des Parlaments das letzte Wort zu haben oder Änderungen der Verfassung vorzuschlagen. Referendum und Initiative können parlamentarische Entscheidungen korrigieren und führen zu einer permanenten Kontrolle der politischen Vertreter. Durch das

Referendum und die Volksinitiative nehmen die Schweizer Stimmbürger Einfluss auf die wichtigsten politischen Geschäfte von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Entscheidungen, welche einer Volksabstimmung unterstehen, sind durch die Verfassung definiert. Die Volksentscheide sind daher bindend. Die direkte Demokratie hat zur hohen Stabilität des schweizerischen Systems beigetragen: Entscheidungen haben die grössten Chancen auf eine Annahme durch das Volk, wenn sie auf wechselseitigem Einverständnis zwischen den grossen politischen Parteien beruhen.

Obwohl die direkte Demokratie ein wichtiges Element der schweizerischen Demokratie darstellt, hat sie weder Revolutionen hervorgebracht noch zu einer „Volksgesetzgebung“ geführt. Die zentralen Akteure im politischen Entscheidungsprozess in der Schweiz sind immer noch Parlament und Regierung. Die meisten Entscheidungen werden von Parlament und Bundesrat abschliessend getroffen. In dieser Hinsicht funktioniert das schweizerische System wie jede andere parlamentarische Demokratie.

Politisches System Schweiz

Einleitung/Informationstext LP



4/7

Methodische und Didaktische Ansätze (Stufe 1)

In der Folge sind einige Arbeitsblätter vorbereitet. Als Ergänzung finden Sie hier mögliche methodische und didaktische Vorschläge für die weitere Bearbeitung des Themas.

Geschichte/Politik:

Die SuS zeigen die geschichtliche Entwicklung des deutschen und schweizerischen politischen Systems auf.

Geschichte/Politik:

Die SuS diskutieren über die Vor- und Nachteile eines Milizparlaments und notieren die Pro und Kontra auf einem Plakat.

Deutsch:

Die Klasse diskutiert über unterschiedliche Themen, bei denen sie mitbestimmen möchten oder zu denen sie eine eigene Meinung kundtun möchten. Sie stimmen anschliessend über diese Themen in der Klasse ab.

Deutsch:

Die Klasse befasst sich mit Gesprächstechnik und Diskussionsregeln. Die Themen Argumente/Gegenargumente werden behandelt. Eine Klassendiskussion zu unterschiedlichen Themen ermöglicht die praktische Umsetzung der Theorie.

Geschichte/Politik:

Die SuS suchen in regionalen und nationalen Schweizer Zeitungen nach aktuellen politischen Themen und versuchen diese, auf die Ebenen Bund/Kanton/Gemeinde bzw. Bund/Bundesland/Gemeinde herunterzubrechen.

Politisches System Schweiz

Arbeitsblatt



5/7

In der Schweiz stehen alle vier Jahre Nationalratswahlen an. Das heisst, die Bevölkerung kann wählen, wer sie in diesem Rat vertreten soll. Jede Partei präsentiert ihre Kandidaten auf einer Liste. Die Bürgerinnen und Bürger wählen schlussendlich ihre Favoriten aus und notieren diese auf ihrem Wahlzettel.

Aufgabe:

In der Schule wird ein Schülerrat gewählt. Wen aus eurer Klasse würdet ihr in diesen Rat wählen? Notiert drei Namen von Mitschülerinnen oder Mitschülern, die ihr gerne in den Rat wählen würdet. Anschliessend zählt ihr aus, wer am meisten Stimmen erhalten hat. Diese Person wird dann in den Schülerrat gewählt.

Wahlzettel für die Wahl in den Schülerrat der Schule _____

Ich schlage die folgenden Personen aus meiner Klasse für den Schülerrat vor:

Der Wahlzettel muss gefaltet in die bereitgestellte Urne gelegt werden

Politisches System Schweiz

Arbeitsblatt



6/7

In einer direkten Demokratie kann die Bevölkerung entscheiden, ob Sie über ein bestimmtes Anliegen abstimmen möchte. So kann zum Beispiel eine Gruppe eine so genannte Initiative ins Leben rufen. Hierfür werden 100'000 Unterschriften von Personen benötigt, die eine solche Initiative unterstützen. Wird dieses Ziel innerhalb von 18 Monaten erreicht, wird in der ganzen Schweiz über dieses Thema abgestimmt. So hat die Schweizer Bevölkerung zum Beispiel darüber abgestimmt, ob Minarette gebaut werden dürfen oder nicht, ob die Armee abgeschafft oder ob die Alpenregion speziell geschützt werden sollen.

Aufgabe:

Eine Gruppe in eurer Klasse hat ein spezielles Anliegen und möchte dieses in der Klasse beliebt machen. Damit die ganze Klasse über dieses Thema abstimmt, braucht es die Unterschriften von mindestens acht Personen. Zwei Personen gehen vor die Tür und besprechen ein Anliegen, das sie gerne umsetzen möchten. Nach drei Minuten kommen sie wieder in die Klasse. Sie stellen ihr Anliegen vor und gehen nachher auf Unterschriftensammlung. Bringen sie wohl die benötigten acht Unterschriften zusammen?

Initiative

Thema: _____

Ich finde, dass über das oben genannte Thema abgestimmt werden sollte und bestätige dies mit meiner Unterschrift:

1

2

3

4

5

6

7

8

Politisches System Schweiz

Arbeitsblatt



7/7



Abstimmungstafel im Nationalratssaal

© EDA, Präsenz Schweiz

Im Nationalrat der Schweiz arbeiten 200 Politikerinnen und Politiker aus den verschiedenen Kantonen (Landesteilen). Sie diskutieren zum Beispiel über Gesetzesänderungen und stimmen darüber ab. Jede Person des Nationalrats kann seine Meinung kundtun und versuchen, die anderen Mitglieder des Nationalrats von ihrer Meinung zu überzeugen. Teilweise sind die Ansichten sehr unterschiedlich. Schlussendlich wird abgestimmt. Die Mehrheit gewinnt und das Gesetz wird angenommen. Ist die Entscheidung 100:100 entscheidet die Präsidentin des Nationalrats – dies kommt jedoch sehr selten vor.

Aufgabe:

In eurer Klasse soll eine neue Klassenregel eingeführt werden. Die einen Schülerinnen und Schüler finden dies eine gute Sache – die anderen haben keine Freude an dieser Änderung. Jedes Kind in der Klasse kann seine Meinung vor der Klasse äussern. Schlussendlich stimmt die ganze Klasse ab.

Klassenregel

Diese Regel soll neu in unserer Klasse geschaffen werden.

Diese Argumente sprechen für die neue Regeln:

Diese Argumente sprechen dagegen:

- Ja, ich möchte die neue Regel annehmen
- Nein, ich bin gegen die neue Regel